

---

# PRESSE-DIENST

---

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN  
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

---

## Hände weg von staatlichen Eingriffen in die Tarifautonomie

### **UVNord-Präsident Driftmann: Tarifautonomie muss weiterhin Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung haben**

Hamburg/Rendsburg. Vor der Abstimmung im Bundesrat am 13. Februar 2009 zu den beiden Mindestlohn-Gesetzen (sog. Mindestarbeitsbedingungengesetz und Entsendegesetz) mahnte UVNord-Präsident Prof. Dr. Hans H. Driftmann, die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie nicht aufs Spiel zu setzen und den Tarifvertragsparteien die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen auch zukünftig zu überlassen: „Das historisch gewachsene Tarifsysteem in Deutschland hat sich bewährt und gezeigt, dass eine adäquate Lohnfindung fern von staatlicher Bevormundung gewährleistet ist.“

Beide noch abzustimmenden Gesetze sehen die weitgehende Abschaffung des bestehenden Tarifvorrangs vor. Der Bundesrat hatte sich in einer Stellungnahme im September 2008 ausdrücklich für die Beibehaltung des bestehenden Tarifvorrangs ausgesprochen. „Ich appelliere an den Bundesrat, auch in seiner neuen Zusammensetzung am Tarifvorrang festzuhalten und auf eine Korrektur dieser Gesetze zu bestehen.“

Gesetzliche Mindestlöhne verhindern in vielen Fällen, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Häufig ignorieren sie die Gesetze, Preise und Bedingungen des Marktes und benachteiligen insbesondere Arbeitslose und Geringqualifizierte deren Arbeitsplätze durch Maschinen ersetzt oder ins Ausland verlagert werden. In Deutschland bräuchten wir gerade mehr Chancen für einen Einstieg in Arbeit. Mindestlöhne aber konterkarieren neue und echte Einstiegschancen und helfen nicht denjenigen für die sie ursprünglich geschaffen wurden“, so Driftmann weiter.

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft. UVNord vertritt in Hamburg und Schleswig-Holstein die Interessen von 59 Mitgliedsverbänden mit rund 27.000 Unternehmen, in denen mehr als 1,2 Millionen Menschen Beschäftigung finden.

04.02.2009